

Bürgergespräch mit Landrat Udo Witschas am 06.10.2026 in Laußnitz (Region Kamenz). Eine Zusammenfassung

Rund 20 Bürgerinnen und Bürger haben das Bürgergespräch „Auf ein Wort“ in Laußnitz genutzt, um mit Landrat Udo Witschas, den Dezernenten des Landkreises sowie den Bürgermeistern der Region ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt standen vor allem die Verkehrssituation in den Gemeinden, der Erhalt der Grundschule Laußnitz, in der das Gespräch auch stattfand, und die angespannte Finanzlage von Landkreis und Kommunen.

Das waren die Themen

Feuerwehrgerätehaus in Schmorkau

Zu Beginn berichtete Neukirchs Bürgermeister Harald Haase über die Situation rund um das Feuerwehrgerätehaus Schmorkau. Die vergangenen Jahre seien für die Gemeinde schwierig gewesen. Umso erleichterter sei man, dass das Vorhaben nun angegangen werden könne. Er dankte dem zuständigen Fachamt des Landkreises für die professionelle Begleitung sowie Landrat Udo Witschas für die finanzielle Unterstützung, welcher der Kreistag in seiner jüngsten Sitzung zustimmte. Zugleich übergab er eine Einladung zur Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr im kommenden Jahr.

Landrat Udo Witschas erläuterte den Bürgerinnen und Bürgern die besondere Situation in Schmorkau. Ein Feuerwehrfahrzeug müsse derzeit in einer privaten Halle untergebracht werden. Die Gemeinde habe ihre finanziellen Möglichkeiten für einen Neubau weitgehend ausgeschöpft. Der Landkreis wolle deshalb unterstützen. Witschas verwies dabei auf den Gedanken der Solidarität zwischen Landkreis und Kommunen: Auch an anderen Stellen habe der Landkreis Gemeinden etwa bei Schulen oder anderen wichtigen Infrastrukturen unterstützt.

Schwerlastverkehr und Straßenzustand in Laußnitz

Ein Bürger aus Laußnitz schilderte die Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr auf der Straße Richtung Gräfenhain. Die schmale Pflasterstraße werde auch von Schulkindern genutzt, gleichzeitig seien regelmäßig schwere Lastwagen unterwegs. In den angrenzenden Häusern seien die Erschütterungen deutlich zu spüren. Er fragte nach Möglichkeiten für Geschwindigkeits- oder Gewichtsbeschränkungen.

Die zuständige Beigeordnete Dr. Romy Reinisch kündigte an, sich die Situation vor Ort anzusehen. Auch eine Geschwindigkeitsmessung könne veranlasst werden, um die

tatsächliche Belastung besser einschätzen zu können. Den Schutz der Kinder müsse man dabei besonders im Blick behalten.

Laußnitz' Bürgermeister René Georgi verwies darauf, dass die Situation bereits einmal verbessert werden konnte. Durch die Erweiterung eines Steinbruchs habe der Schwerlastverkehr zuletzt jedoch wieder zugenommen. Er schlug vor, auch das betreffende Unternehmen in die Gespräche einzubeziehen. Landrat Witschas unterstützte diesen Vorschlag. Eine weitere Anwohnerin bestätigte, dass insbesondere die zunehmende Zahl schwerer Fahrzeuge problematisch sei. Gespräche mit dem Unternehmen hätten zwischenzeitlich zu einer Verbesserung geführt, inzwischen habe sich die Situation jedoch wieder verschärft. Zudem habe sich der Zustand der Straße nach Arbeiten für den Glasfaserausbau teilweise verschlechtert.

Kreisstraßen und Radwege

Ein Bürger aus Neukirch erkundigte sich nach dem Zustand der Straße Richtung Schwepnitz und fragte, ob dort ein grundhafter Ausbau vorgesehen sei. Außerdem wollte er wissen, wie es mit Radwegeverbindungen Richtung Schmorkau und entlang der S 100 weitergeht.

Dr. Romy Reinisch erklärte, dass zunächst die konkreten Straßenabschnitte geprüft werden müssten. Der Landkreis betreue ein Kreisstraßennetz von fast 800 Kilometern. Sie kündigte an, die Fragen schriftlich zu beantworten. Für die S 100 sei der Freistaat zuständig, weshalb der Landkreis beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr nachfragen werde. Landrat Witschas nutzte die Frage, um auf die angespannte Finanzlage hinzuweisen. Die Kosten für soziale Leistungen seien in den vergangenen Jahren massiv gestiegen, während gleichzeitig weniger Geld für Infrastruktur zur Verfügung stehe. Viele vom Bund beschlossene Leistungen müssten von Landkreisen und Kommunen mitfinanziert werden, ohne dass die entsprechenden Mittel vollständig bereitgestellt würden. Dies schränke die Spielräume für Straßen, Schulen und andere Investitionen zunehmend ein.

Ein Bürger aus Laußnitz sprach außerdem die Radwegeverbindung zwischen Laußnitz und Ottendorf-Okrilla an. Nach einer attraktiven Strecke durch den Wald ende die Verbindung an einer stark befahrenen Bundesstraße. Er fragte, ob eine Lösung mit der geplanten Ortsumgehung von Ottendorf-Okrilla verbunden werden könne. Dr. Romy Reinisch versprach, das Anliegen beim Landesamt für Straßenbau und Verkehr anzusprechen.

Museum der Westlausitz

Ein Bürger aus Laußnitz äußerte die Sorge, dass sich der Landkreis künftig aus der Finanzierung des Museums der Westlausitz zurückziehen könnte. Das Museum sei ein wichtiger kultureller Ort, den er selbst regelmäßig mit seinen Kindern besuche.

Landrat Witschas erklärte, Kultur sei ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gleichzeitig gehöre sie zu den freiwilligen Aufgaben des Landkreises und damit zu den wenigen Bereichen, in denen bei einer angespannten Haushaltslage überhaupt Einsparungen möglich seien. Der Landkreis liege bei seiner Museumslandschaft deutlich über dem sächsischen Durchschnitt. Deshalb müsse auch hier geprüft werden, wie Einrichtungen künftig getragen werden könnten. Für das Museum der Westlausitz werde nach einer tragfähigen Lösung und einem geeigneten Träger gesucht. Dazu habe es auch Gespräche mit der Stadt Kamenz gegeben.

Grundschule Laußnitz: Sorge um den Erhalt

Mehrere Bürgerinnen und Bürger beschäftigte die Zukunft der Grundschule Laußnitz. Eine Gemeinderätin fragte, welchen Einfluss der Landkreis auf den Erhalt der Schule habe und welche Folgen sinkende Schülerzahlen haben könnten. Gleichzeitig wurde die Konkurrenz durch freie Schulen thematisiert.

Der Erste Beigeordnete Jörg Szewczyk erklärte, dass für die Genehmigung und den Betrieb freier Schulen der Freistaat zuständig sei. Der Landkreis könne die Gründung einer freien Schule nicht verhindern. Eltern hätten grundsätzlich die freie Wahl der Schule. Aufgabe des Landkreises sei die Schulnetzplanung und damit der Überblick über Schülerzahlen und Standorte. Die Entwicklung der kommenden Jahre sei vergleichsweise gut absehbar. Bis Anfang der 2030er-Jahre müsse in Teilen des Landkreises mit deutlich sinkenden Kinderzahlen gerechnet werden.

Laußnitz' Bürgermeister René Georgi betonte, dass die Gemeinde die Grundschule unbedingt erhalten wolle. Sie sei technisch und digital gut ausgestattet. Gleichzeitig stelle insbesondere das Angebot freier Schulen in der Region eine große Konkurrenz dar.

Auch die Möglichkeit gemeinsamer Schulbezirke wurde angesprochen. Eine Bürgerin berichtete, dass bislang niemand garantieren könne, dass bei einem gemeinsamen Schulbezirk von Laußnitz und Königsbrück beide Schulstandorte dauerhaft erhalten bleiben.

Landrat Witschas stellte klar, dass der Landkreis unterstützen und moderieren könne, eine Bestandsgarantie aber nicht geben könne. Die abschließende Zuständigkeit liege beim Landesamt für Schule und Bildung.

Kreisumlage und Finanzlage der Kommunen

Auch die Kreisumlage, die Städte und Gemeinden an den Landkreis zahlen, war Thema des Abends. Eine Gemeinderätin aus Laußnitz fragte, ob die Berechnungsgrundlage geändert werden könne, da Gemeinden trotz eigener Haushaltssperren weiter hohe Umlagen an den Landkreis zahlen müssten.

Jörg Szewczyk erklärte, dass der Landkreis selbst über keine eigenen Steuereinnahmen verfüge und neben den Schlüsselzuweisungen des Freistaates wesentlich über die

Kreisumlage finanziert werde. Deren Erhebung sei im Finanzausgleichsgesetz geregelt. Zugleich müsse der Landkreis die Leistungsfähigkeit seiner Städte und Gemeinden berücksichtigen. Angesichts der aktuellen Lage habe man sich entschieden, den Umlagesatz zunächst nicht weiter anzuheben. Die grundsätzlichen Finanzprobleme ließen sich ohnehin nicht durch wenige zusätzliche Prozentpunkte bei der Kreisumlage lösen.

Landrat Witschas ergänzte, dass der Landkreis Bautzen beim Umlagesatz im sächsischen Vergleich im Mittelfeld liege. Zugleich übernehme der Landkreis Leistungen beispielsweise für Schulen oder den Breitbandausbau, ohne hierfür zusätzliche Umlagen von den Kommunen zu erheben.

Attraktivität im ländlichen Raum

Eine Bürgerin aus Laußnitz, die 2018 in die Gemeinde gezogen ist, fragte, wie mehr Menschen für ein Leben im ländlichen Raum gewonnen werden können. Sie selbst habe sehr gute Erfahrungen mit der Grundschule gemacht und wünsche sich, dass mehr Familien diese Vorzüge kennenlernen. Sie sprach unter anderem die Verfügbarkeit von kommunalem Bauland an.

Landrat Witschas erklärte, entscheidend seien attraktive Rahmenbedingungen: Schulen, Feuerwehren, Sport- und Kulturangebote, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr sowie Arbeitsplätze. Der Landkreis versuche deshalb, gezielt in diese Bereiche zu investieren und die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Trotz der gegenwärtigen Herausforderungen sei er überzeugt, dass der Landkreis Bautzen gute Zukunftsperspektiven habe.

Eine Kreisrätin aus Lückendorf griff diesen Punkt auf und forderte insbesondere bessere Bahnverbindungen. Ein 30-Minuten-Takt nach Königsbrück könne die Attraktivität der Region deutlich erhöhen. Sie bat den Landrat, das Thema in den zuständigen Gremien des Verkehrsverbundes weiter zu verfolgen.

Geburtshilfe in Kamenz und medizinische Versorgung

Auch die Zukunft der Geburtshilfe in Kamenz wurde angesprochen. Eine Bürgerin fragte, ob es noch Hoffnung auf einen Fortbestand gebe und welche Rolle die angekündigte Regionalkonferenz spielen werde.

Landrat Witschas verwies auf den Beschluss des Kreistages, die Geburtshilfe bis Ende 2026 finanziell zu unterstützen. Das Krankenhaus habe jedoch angekündigt, die Leistung ab dem 1. Januar 2027 nicht mehr anzubieten.

Jörg Szewczyk ergänzte, dass ein externer Experte dem Kreistag bereits die medizinischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erläutert habe. Weitere Informationen sollten im nächsten öffentlichen Kreisausschuss beraten werden. Die geplante Regionalkonferenz werde sich mit der zukünftigen medizinischen Versorgung

insgesamt beschäftigen. Dabei werde auch die zunehmende Bedeutung ambulanter Behandlungsangebote eine Rolle spielen.

Auf die Frage, ob bei einem Wegfall der Geburtshilfe der Rettungsdienst verstärkt werden müsse, erklärte Landrat Witschas, dass der Rettungsdienst im Landkreis mit insgesamt 18 Rettungswachen flächendeckend aufgestellt sei.

Politischer Dialog auch bei unterschiedlichen Positionen

Zum Abschluss fragte ein Bürger aus Neukirch grundsätzlich nach dem politischen Umgang miteinander und danach, wie lange die aktuellen Konflikte zwischen Bund, Ländern und Kommunen noch tragbar seien.

Landrat Udo Witschas betonte, dass für ihn bei Sachentscheidungen nicht die Parteizugehörigkeit entscheidend sei. Alle demokratisch gewählten Vertreter seien legitimiert und müssten miteinander sprechen, auch wenn die politischen Positionen auseinanderlägen. Als direkt gewählter Landrat sehe er es als seine Verantwortung, mit allen Teilen der Bevölkerung im Gespräch zu bleiben. Diese Aussage wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit Applaus aufgenommen.

Nächstes Bürgergespräch in Schirgiswalde (Region Oberland)

Das nächste Bürgergespräch mit Landrat Udo Witschas findet am 05. November 2026, 17.30 bis 19.00 Uhr, in der Freiwilligen Feuerwehr Schirgiswalde, Ziegelstraße 15, 02681 Schirgiswalde-Kirschau statt. Die Veranstaltung richtet sich an die Einwohner von Cunewalde, Großpostwitz, Neukirch/Lausitz, Obergurig, Schirgiswalde-Kirschau, Sohland an der Spree, Steinigtwolmsdorf und Wilthen. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Impressum

Diese Information wurde erstellt durch das Büro des Landrates

Postanschrift: Landratsamt Bautzen, Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen

Telefon: 03591 5251-80100

landrat@lra-bautzen.de

<https://www.landkreis-bautzen.de/landratsamt/organisation/buero-des-landrates>